

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Jürgen Rochlitz und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesundheitsgefährdung durch Umweltchemikalien mit hormonellen Wirkungen

Eine Reihe von epidemiologischen Untersuchungen hat für die hochindustrialisierten Staaten Nordamerikas und Mittel- und Nordeuropas eine dramatische Verschlechterung der männlichen Reproduktionsfähigkeit festgestellt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland geht diese Entwicklung mit einem signifikanten Anstieg an pathologischen Befunden wie der Zunahme von Hodenkrebs, Hyospadie oder Hodenhochstand einher.

Für beide Erscheinungen gilt eine biochemische Einwirkung endokriner Umweltchemikalien in der Fötalperiode ursächlich als gesichert. Dies bedeutet, daß heute bei Erwachsenen die Krankheitsbilder zu beobachten sind, die vor 20 bis 40 Jahren initiiert wurden. Aufgrund der dramatischen Zunahme – Hodenkrebs ist inzwischen die häufigste Krebsform junger Männer – ist also ein weiterer, ungebrochener Anstieg bis zum Jahr 2020 bzw. 2040 nicht mehr zu verhindern.

Während einige ursächliche Substanzen hormoneller Wirkung mittlerweile einer strengen Reglementierung unterliegen, ist der ubiquitären Verteilung anderer bisher kein Riegel vorgeschoben: Spermizide Zäpfchen und Schiffsanstriche aus Tributylzinn oder Organochlorpestizide sind hormonell hochwirksam. Phthalatester finden weiterhin in großen Mengen bis zu 30-Massen-Prozent als Weichmacher in PVC-Produkten Einsatz. Alkylphenoethoxylate als oberflächenaktives Agens in Waschmitteln, Industriereinigern, Kosmetika u. a. sind trotz einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie in unveränderten Konzentrationen in den Abwässern der Kläranlagen und den Oberflächenwässern der Bundesrepublik Deutschland meßbar.

Obgleich gut gegen natürliche Hormoneinwirkung geschützt, greifen synthetische Umwelthormone direkt in den Stoffhaushalt des Menschen und seine Fortpflanzungsfähigkeit ein. Umwelt-östrogene sind dabei persistent, bioakkumulierbar und bisher in ihrer Erfassung sowie ihrem Reaktionsmechanismus im menschlichen und tierischen Körper nicht ausreichend erforscht. Immer mehr längst bekannte Umweltchemikalien oder ihre Metabolite werden – in der Regel zufällig – heute als hormonell wirksam erkannt. Es fehlt jedoch jegliche systematische Erfassung, es feh-

len Grundlagen- und anwendungsorientierte Untersuchungen wie z. B. die Entwicklung von Screening-Schnelltestmethoden für die Diagnostik, es fehlen Regulierungen für als hormonell wirksam erkannte Altchemikalien und eine obligatorische Prüfung bei der Chemikalienzulassung.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. a) Wie steht die Bundesregierung zu einem Verbot nachweislich hormonwirksamer Umweltchemikalien, darunter Alkylphenoethoxylate und Alkylphenole, Phthalate, Styrole sowie einer Reihe von Pestiziden (Herbiziden, Fungiziden, Insectiziden und Nematoziden)?
- b) Wie steht die Bundesregierung zu einer verschärften Regulierung zur Vermeidung möglicher Freisetzungen von hormonell wirksamen Schwermetallen wie Blei, Quecksilber und Cadmium?
- c) Wie sieht die Bundesregierung die Wirksamkeit der bisherigen Verbote von PCP und PCB angesichts deren anhaltenden Auftretens in den Ökosystemen?
- d) Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die für die Sanierung von PCB-verseuchten Gebäuden bestehenden Interventionswerte nach der ARGEBAU-PCB-Richtlinie insbesondere für Schulgebäude zu korrigieren, und interpretiert sie den Interventionswert von 3 000 ng PCB pro Kubikmeter Luft als 24-Stunden-Wert so, daß eine für den Schulbereich angenommene Aufenthaltsdauer von nur acht Stunden pro Tag einen Interventionswert von ca. 9 000 ng pro Kubikmeter Luft ergibt?
2. a) Wie hoch waren die von 1990 bis 1995 in der Bundesrepublik Deutschland jährlich produzierten Mengen an Alkylphenoethoxylaten, die als oberflächenaktive Agentien in Waschmitteln, Reinigungsmitteln (insbesondere Industrie-reiniger), Farben, Herbiziden, Kosmetika oder anderen Produkten Eingang fanden?
- b) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die hormonellen Aktivitäten der Alkylphenoethoxylate (insbesondere Octyl- und Nonylphenole) und deren verwandte Alkylphenoethoxylat-Metabolite sowie die daraus resultierende Gefährdung ein?
- c) Wie hoch schätzt die Bundesregierung das prozentuale Rückhaltevermögen der Abwasserreinigungsanlagen bezüglich dieser Stoffe ein, und wie hoch deren Persistenz und Bioakkumulierbarkeit?
- d) Wie hoch ist in der Bundesrepublik Deutschland die Belastung von Oberflächengewässern und deren aquatischen Sedimenten an Alkylphenoethoxylaten und deren Abbauprodukte, dargestellt an ausgewählten, repräsentativen Beispielen?
- e) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jeweils durchschnittliche, tägliche Aufnahme an Alkylphenoethoxylaten

- und Alkylphenolen über Nahrungsmittel und Trinkwasser ein, und wie hoch ist die durchschnittliche, tägliche Gesamtaufnahme pro Person?
- f) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz einer freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung der Industrie auf Selbstbeschränkung beim Einsatz von Alkylphenolen keine Entlastung der deutschen Oberflächengewässer feststellbar ist, und wie will sie den daraus resultierenden Regelungsbedarf decken?
3. a) Wie hoch waren die von 1990 bis 1995 in der Bundesrepublik Deutschland jährlich produzierten Mengen an Phthalatestern?
- Wie hoch waren jeweils die als Weichmacher (plasticizers) eingesetzten Mengen in PVC-Materialien, wie hoch die in anderen Kunststoffen?
- b) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durchschnittliche, tägliche Aufnahme an DEHP ein, wie hoch die über Nahrungsmittel, und wie hoch ist die jeweilige, durchschnittliche Exposition über Atemluft und Trinkwasser zu veranschlagen?
- c) Wie schätzt die Bundesregierung die angesichts der Studie „Male Reproductive Health and Environmental Chemicals with Estrogenic Effects“ als schwach, aber kumulativ östrogen wirksam einzustufenden Weichmacher DEHP (Di[2-ethyl-hexyl]phthalat), DBP (Dibutyl-phthalat) und BBP (Butylbenzyl-phthalat) sowie des Abbaumetaboliten MEHP (Mono[2-ethyl-hexyl]phthalat) in ihrer Gefährdung und in Anbetracht der beträchtlichen Emissionen an diesen Umweltchemikalien ein?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die nach einem Fachgespräch des Umweltbundesamtes (UBA) im März 1995 veröffentlichte Aussage über eine Zunahme von Brustkrebserkrankungen, die an Hand von Daten aus dem ehemaligen Nationalen Krebsregister der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bestätigt werden, hinsichtlich eines ursächlichen Zusammenhangs mit hormonell wirkenden Umweltchemikalien, und welche Untersuchungen wurden dazu bisher in Auftrag gegeben?
5. Wie steht die Bundesregierung zu einer obligatorischen Prüfpflicht auf endokrine und reproduktionstoxische Wirkung als Zulassungs- und Anmeldekriterien für neue Chemikalien?
6. Inwieweit sieht die Bundesregierung für das chemikalienrechtliche Anmeldeverfahren die in § 7 (Prüfnachweise der Grundprüfung), § 9 (Zusatzprüfung 1. Stufe) und § 9 a (Zusatzprüfung 2. Stufe) ChemG festgelegten Parameter „fortpflanzungsgefährdende Eigenschaften“ angesichts der nahezu ubiquitären Verteilung von Umwelthormonen durch Altchemikalien als noch ausreichend an?
7. a) Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Forschungsbedarf zur Ermittlung und zum Reaktionsverhalten hormonell wirksamer Stoffe?

- b) Welche Forschungsvorhaben werden dazu insbesondere von den Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gesundheit sowie Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zur Zeit durchgeführt? Welche Mittel werden den einzelnen Vorhaben im Haushaltsjahr 1996 zugewiesen? Welche Veränderungen ergeben sich gegenüber 1995?
8. Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dabei dem vom Robert-Koch-Institut beantragten Pilotprojekt zur Erfassung von Fertilitätsstörungen bei Männern und ihrer Zuordnung zu den Trinkwassereinzugsgebieten im Berliner Raum zu?
9. Wie vereinbart die Bundesregierung die elementare Bedeutung des vom Robert-Koch-Institut betreuten Nationalen Krebsregisters der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für zukünftige epidemiologische Forschung mit der Abwicklungstätigkeit der Bundesregierung im Institut?
10. Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung die in der Vergangenheit vom Umweltbundesamt erbetene und auch zukünftig erforderliche Zuarbeit des Robert-Koch-Instituts zum Thema der endokrinen Wirkung von Umweltchemikalien erfolgen, wenn die Bundesregierung z. B. die Abteilung „Medizinische Diagnostik – Umweltmedizin“ zur Abwicklung bringt und damit Know-how ebenso wie gewachsene Forschungsstrukturen zerschlägt?
11. In welchen Forschungsprojekten hat die Bundesregierung die Klärung der Fragen, welche der in Umweltmedien in großer Anzahl auftretenden Substanzen in das östrogene Wirkungsspektrum gehören sowie über deren Wirkungsmechanismen gefördert, und wie ist der aktuelle Forschungsstand?
12. In welchen Forschungsprojekten führt die Bundesregierung epidemiologische Untersuchungen zu möglichen Risikogruppen und Erkrankungsformen durch, und wie ist der aktuelle Forschungsstand?
13. a) Wie hoch ist in der Bundesrepublik Deutschland die Konzentration synthetischer Östrogene insbesondere über Ausscheidungsprodukte durch die „Pille“ im Abwasser von Kläranlagen, dargestellt im Vergleich zu Einwohnergleichwerten und an ausgewählten, repräsentativen Orten?
- b) Wie hoch schätzt die Bundesregierung das prozentuale Rückhaltevermögen der Abwasserreinigungsanlagen in ihren unterschiedlichen, mehrstufigen Auslegungsmöglichkeiten ein?
- c) Wie hoch ist die Östrogenkonzentration in den Grund- und Trinkwässern der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt an ausgewählten, repräsentativen Orten?

Bonn, den 7. November 1995

Dr. Jürgen Rochlitz

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion